



Foto: fotolia/Schirmutzel



- Was ist angemessen beim Taschengeld für Kinder?
- BGH-Urteil: Bessere Klagechancen gegen Ärzte
- Abzocke auf Kaffeeahrt

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 11. September 2013

68. Jahrgang/Nr. 212 • Berlinausgabe 1,70 €

STANDPUNKT

Eine Antwort ohne Angriff

Von Roland Etzel

Es ist ein gutes Zeichen, welches positives Echo die Idee zur Kontrolle von Syriens Chemiewaffen noch am Tag ihres Bekanntwerdens weltweit ausgelöst hat; und es ist ermutigend, dass die Koalition der Kriegswilligen dadurch sofort ins Straucheln gekommen ist. Nachdem Koalitionsschmied Obama gestern die Alarmstufe für einen Raketenerschlag reduzierte, lässt sich an den Reaktionen erahnen, wie wenig manche seiner Partner eigentlich davon halten und dass zuvor doch einige bündnispolitische Nötigung von Seiten der USA im Spiel gewesen sein muss.

Und ein zweites Moment prägt die Debatte: Noch immer wird ohne endgültige Beweise diskutiert, wer den Gaseinsatz und damit dessen Opfer zu verantworten habe. Doch selbst unter jenen, die die Urheberchaft für das Verbrechen bei der Assad-Armee sehen, rücken immer mehr von der absurden These ab, mit Bomben und Raketen könne hierbei irgend etwas gesühnt werden. Auf Polen zum Beispiel konnten sowohl Bush als auch Obama in bisher jedem ihrer Kriegsabenteuer zählen. Wenn also dessen Außenminister Sikorski, wie am Dienstag geschehen, Obama jetzt eine »starke Antwort ohne Angriff« nahelegt, so sagt das einiges aus über die »politische Gefühlslage« selbst unter den Treuesten der Treuen.

Es gibt auch Äußerungen von Enttäuschung und Wut, vor allem unter den Assad-Gegnern. Vielleicht ist dies für Obama Anlass, über die politische Verfasstheit derer nachzudenken, die er bisher in und um Syrien protegert hat.

Unten links

Wenn es ums **Geld** geht, hört die Freundschaft auf, sagte Konfuzius. Oder war es Marx? Oder Ackermann? Jedenfalls stimmt es. Weshalb man das Wahlsystem umstellen sollte – weg von diesem Kompetenz-, Sympathie- und Glaubwürdigkeitskram, hin zum einzig wahren, unbestechlichen (!) Kriterium: Geld. »Welchen Kandidaten und Parteien würden Sie Ihr Geld leihen?« fragte folgerichtig ein Online-Portal für Kreditvergleich. Mehr als jeder Zweite sagt: niemandem von denen, was schon mal eine schöne Aussicht auf die Wahlbeteiligung eröffnet. Denn im Grunde geht es doch bei Wahlen genau darum: Wem vertrauen wir unsere Steuern zur möglichst nutzbringenden Verwendung an? Bei der knappen Hälfte der Wahlwilligen kommt erst die CDU, dann die SPD, dann schon – die LINKE. Was sich nur damit erklären lässt, dass sie mit dem »Kapital« unterm Kopfkissen schläft. Die FDP lehnt das ja strikt ab, weshalb sie völlig zu Recht weit hinten landet. Da kann nur noch Mövenpick helfen. *wh*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Sie holten zum Schlag aus

Vor 40 Jahren stürzten Militärs die Regierung der Unidad Popular in Chile



»Es lebe die Freiheit« – eine Losung, die die Militärs nicht länger duldeten und tilgen ließen.

Foto: akg-images

Von Jürgen Reents

Es waren nicht alle empört, als das chilenische Militär die Regierung von Salvador Allende stürzte. Die »Bild«-Zeitung schrieb am 12. September 1973, dem Tag nach dem Putsch: »Drei Jahre Marxismus – und Chile war kaputt«. Sie erfüllte die Rolle des Militärlautsprechers: »Jetzt hat die Armee nicht mehr länger stillgehalten. Vor Nachahmung wird daher gewarnt.«

Auch der unmittelbar begonnene Terror, die Verschleppungen, Folterungen und Ermordungen von Anhängern der Unidad Popular schreckten nicht überall. Die »Bild«-Schwester für die Krawatten tragende Rechte, »Die Welt«, schrieb am 2. Oktober: Die Menschen fühlten eine »Befreiung von dem Alldruck, den Allende und, mehr noch, seine Trabanten für sie bedeutet haben«. Die Zeitung wusste auch: Sechs zunächst mit inhaftierte Bundesbürger hätten ihre Pässe zurückerhalten. Und: »So behutsam die Junta mit diesen Deutschen verfuhr, so schonend ging sie auch mit Blut und Gut der Chilenen selbst um. Es war ein Putsch, bei dem in Santiago nicht einmal der Strom ausfiel.« Schmierige Freude und ekelhafter Zynismus breiteten sich in den konservativen Medien über Tausende von Toten aus, die die Opfer nicht nur von Pinochet waren, sondern auch von Nixon und Kissinger, der CIA und Konzernen wie ITT, Anaconda, Kennecott und Hoechst.

Blättern in einem 40 Jahre alten Archiv. Für die Septemberausgabe des »Arbeiterkampf«, einer linken Monatszeitung aus Hamburg, die rund eine Woche vor dem Putsch erschien, hatte ich einen längeren, ahnungsüsteren Artikel geschrieben: »Friedlicher Übergang auf dem Sterbebett«. Es lagen Besorgnis erregende Nach-

richten aus Chile vor. Trotz eines gescheiterten Putschversuchs im Frühsommer hatte die Rechte nicht nachgelassen, eine Umsturzstimmung zu schüren. Sie drängte die Unidad Popular zu Zugeständnissen, die diese schwächen sollten. Sie drängte sie zur Aufnahme von Militärs in die Regierung und zu deren Ermächtigung, all jene zu ent Waffen, die sich angesichts der zunehmenden Anschläge und Sabotageakte darauf vorbereiteten, den gewählten Weg in ein freieres Chile auch außerhalb der staatlichen Institutionen zu verteidigen.

Welche Chancen hatte die Allende-Regierung da noch, ihr Programm eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels zugunsten der ärmeren Bevölkerung mit friedlichen Mitteln fortzusetzen? Ihre Gegner zollten ihr keinen Respekt für diesen Versuch. Sie verlangten, dass die Unidad Popular die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie zu beachten hätte, während sie selbst diese für überflüssig hielten. In weit mehr als der Hälfte des südamerikanischen Kontinents herrschten damals bereits Militärdiktaturen, die die Privilegien der Reichen mit Waffengewalt schützten und dem internationalen Kapital freies Schussfeld für satte Profite verschafften. Nun wollte auch die chilenische Rechte sich den ersten Schlag reservieren, ohne auf einen Widerstand zu treffen, der sie erneut aufhalten konnte. Und sie holte am 11. September gnadenlos dazu aus.

War die Unidad Popular das tragische Opfer einer Illusion geworden? War ein gerechteres Leben nur noch mit Mitteln möglich, die denen des brachialen Gegners ähnlich und ebenbürtig waren, bewaffnet also – zumal in den Ländern der Dritten Welt, wo die Konzerne aus den Metropolen und die CIA die ihnen passenden Regimes

mit Eisenfäusten ausstatteten? War die Welt vor 40 Jahren noch so weit entfernt davon, die Selbstbestimmung von Menschen zu achten? Auch die Regierung Willy Brandts hatte 1972 die Exportbürgschaften für Chile ausgesetzt und sich damit als Schraubchen bei der Destabilisierung der Allende-Regierung benutzen lassen.

Die Skepsis ist ein Klotz am radikalen Bein der internationalen Solidarität. In Hamburg kamen nach dem Putsch 2000

Diesseits des 11. September
Was Allende versuchte *Seite 2*

Chile als Lebensthema – der Dokumentarfilmer
Walter Heynowski *Seite 3*

Genossinnen und Genossen zur dort größten Veranstaltung, im Berliner Osten protestierten 350.000 Menschen. Insbesondere aus der DDR hatte die Unidad Popular in den knapp drei Jahren ihrer Amtszeit viel Unterstützung erfahren. Mehrfach brachten Schiffe Hilfsgüter nach Chile, darunter Medikamente und medizinische Instrumente, Baumaterialien und Ausstattungen für Schulen und Kindergärten, Fahrzeuge, Elektrowaren, Sportgeräte und Lebensmittel. Die Bevölkerung beteiligte sich aktiv an Spendensammlungen, die FDJ schickte Arbeitsbrigaden, die beim Schulbau halfen. Diese Solidarität war nur möglich, weil in Rundfunk und Fernsehen, auf Versammlungen in Betrieben, im Schulunterricht und auf Veranstaltungen intensiv über die Unidad Popular, ihre Vorhaben und die Lage in Chile informiert wurde.

Die Solidarität, die wach wurde, als die Kämpfenden schon Opfer waren, konnte den Lauf der Dinge nicht mehr aufhalten. Aber wie jene, die früh aufmerksam war, ist sie gebliebene Mahnung, dass sich ein 11. September nicht wiederholen darf.

Neue Chance für Syrien-Diplomatie

Moskaus C-Waffen-Vorschlag findet positives Echo

Berlin (Agenturen/nd). Nach der russischen Initiative für die Beseitigung der syrischen Chemiewaffen gibt es neue Hoffnung auf eine diplomatische Lösung des Konfliktes. Der Vorschlag, der auf Kontrolle und spätere Vernichtung der Waffen zielt, stieß international auf ein positives Echo. Syriens Außenminister Walid al-Muallim stimmte nach Berichten russischer Medien der Kontrolle zu. Moskau will nach Angaben von Außenminister Sergej Lawrow mit Damaskus einen konkreten Plan ausarbeiten und diesen in Kürze vorstellen.

US-Präsident Barack Obama sprach in TV-Interviews von einer »potenziell positiven Entwicklung« und forderte den UN-Sicherheitsrat auf, den Vorschlag zu prüfen. Der Senat in Washington verschob die für heute angesetzte Probeabstimmung über einen Militärschlag. Zugleich betonte Obama, der in der Nacht zum Mittwoch eine Rede an die Nation halten wollte, Syriens Staatschef Baschar al-Assad müsse zeigen, dass er es ernst meine. Ähnlich äußerten sich die Bundesregierung und europäische Länder wie Frankreich und Großbritannien. Eine deutsche Beteiligung an der Vernichtung der Giftgasbestände sei möglich. Die EU bietet ebenfalls Hilfe an. Frankreich wollte dem Weltsicherheitsrat noch am Dienstag den Entwurf für eine neue Syrien-Resolution vorlegen und dabei den russischen Vorschlag aufgreifen, für den Fall der Nichtbeachtung jedoch Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta festschreiben.

Auch China und Iran signalisierten Zustimmung zur Initiative Moskaus. Die syrische Opposition reagierte ablehnend. So schinde Assad nur Zeit; Kriegsverbrechen müssten bestraft werden, betonte die Nationale Syrische Allianz. Skepsis herrscht bei den Golfmonarchien. Der Plan werde »das Blutvergießen nicht stoppen«, sagte Bahraíns Außenminister Scheich Chaled al-Chalifa bei einem Treffen des Golfkooperationsrats. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berief sich auf Hinweise, wonach der Giftgasangriff von syrischen Regierungstruppen verübt wurde. *Seite 7*

KURZ

Bach ist neuer IOC-Präsident

Buenos Aires (nd). Thomas Bach aus Taubertshausen hat sich bei der Wahl zum neunten Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) durchgesetzt. In Buenos Aires wählten ihn seine IOC-Kollegen bereits im zweiten Wahlgang. Eine Stunde später gab der scheidende IOC-Präsident Jacques Rogge aus Belgien bekannt, dass sich Bach gegen fünf Mitbewerber durchgesetzt hat. Im ersten Wahlgang war der Taiwanese Wu Ching-Kuo, Präsident des Internationalen Boxverbandes AIBA, ausgeschieden. Er hatte die Stichwahl um den vorletzten Platz gegen Ng Ser Miang verloren. Dass auch Mitfavorit Ng aus Singapur in Runde eins so schlecht abschnitt, wurde als Effekt der Wahl Tokios zur Olympiastadt 2020 ausgemacht. Zweimal Vertreter aus Asien zu wählen, war offenbar nicht im Interesse der IOC-Mitglieder. Ng hatte zuvor als einer der stärksten Herausforderer Bachs gegolten. *Seite 19*

Haschisch vom Hindukusch

Kabul (dpa). Die weichen Drogen Marihuana und Haschisch kommen zunehmend aus Afghanistan. 2012 seien acht Prozent mehr Cannabis am Hindukusch produziert worden als 2011, teilte das UN-Büro in Kabul in seinem Jahresbericht mit.

Restriktives EuGH-Urteil

Luxemburg (epd). Abschiebebehäftlinge, die nicht ordnungsgemäß angehört wurden, haben nicht automatisch ein Recht auf Freilassung. Das hat der Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am Dienstag klargestellt.